

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Dienstag, 8. November 1892.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes. Greif-
wald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 7. November. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ veröffentlicht heute einen Leitartikel, der auf die Wichtigkeit der bevorstehenden parlamentarischen Kampagne verweist. Das Blatt erwartet, daß die gesetzgebenden Körperschaften in die ernste Prüfung der beiden wichtigsten Vorlagen, die Militärvorlage und jener, betreffend die Kommunalsteuer-Reform, eintreten werden und erhofft aus einer solchen Prüfung um so eher ein günstiges Ergebnis, als beide Vorlagen für Generationen hinaus als Abschluß der Forderungen der Regierung betrachtet werden müssen.

Zum Abschiede des österreichisch-ungarischen Botschafterpaares Grafen und Gräfin Szechenyi hatten sich gestern Nachmittag mehrere hundert Personen auf dem Anhalter Bahnhofe eingefunden. Das diplomatische Korps, die Spitzen der Reichsbehörden, Mitglieder der Hofgesellschaft, ferner Herzog Ernst Günther v. Warendorf, erschienen. Vom Kaiser erschienen ein Flügeladjutant und überbrachte einen prächtigen Blumenkorb.

In der heutigen Nummer des „Reichs- und Staatsanzeigers“ wird ein Preisverleihung wegen Ausfertigung auf den Inhaber lauterer Anleihe-scheine der Stadt Berlin im Betrage von 70 Millionen Mark veröffentlicht.

Es befindet sich das Gerücht, daß der deutsche Botschafter in Petersburg, General Graf Schwinsky die Absicht habe, Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres aus dem Dienst zu treten. Ueber seinen Nachfolger wäre noch nichts bestimmt und alle in der Presse gemachten diesbezüglichen Angaben beruhen lediglich auf freier Kombination.

An die Eröffnung des Landtages am 9. d. Mts. schlossen sich bald darauf die ersten Plenarsitzungen der beiden Häuser an. Das Herrenhaus wird um 1½, und das Abgeordnetenhaus um 1 Uhr zusammengetreten. Das Abgeordnetenhaus kam in Folge des Eingangs der Steuerreformvorlage sofort in die Geschäftsverhandlungen. Dem Herrenhaus werden dagegen zunächst keine Vorlagen zugehen. Aus der Mitte des Herrenhauses wird ein Gesandter, betreffend die Stadterweiterungsfrage, vorbereitet. Nach den ersten Sitzungen wird sich das Herrenhaus demnächst wieder auf unbestimmte Zeit verlagern.

Wie die „Kreuzzeitung“ erfährt, wird der Verfasser der „Anfänge der „Deutschen Neuzeit“ über die französisch-russische Allianz im Dezember jener Zeitschrift eingehend auf die Bemängelungen seiner Darstellung antworten, wie sie in dem Gespräch des Fürsten Bismarck mit Dr. Hans Blum fundiert.

Der Verwaltungsrath der Kolonialgesellschaft für Südwestafrika trat heute zu einer Sitzung zusammen, deren hauptsächlichster Gegenstand die Danaraland-Koncession war. Man erklärte in derselben eine Verlegung deutscher Interessen und verwarf, mit dem auswärts Amt in Verbindung zu treten. In einer zweiten Sitzung wird dann die definitive Stellungnahme zur Koncession beschlossen werden.

Die „Post. Ztg.“ erfährt von der Reform der Militärgerichtsverfassung und Militär-Strafprozessordnung, daß, obwohl die Entwürfe der kommenden Reichstagsession vorgelegt werden, eine Entscheidung democh nicht getroffen werden wird, die Sache steht unverändert auf demselben Punkte. Der Kaiser hat noch immer bezüglich des Verzichtes der Militärkommissionen sich alle Entscheidung vorbehalten. Angenommen wird, daß über einzelne wichtige grundsätzliche Fragen noch ein Meinungsaustausch zwischen den verbündeten Regierungen in der Schweiz ist.

Das Kammergericht hat die Revision des Herrn v. Hammerstein, der wegen Verleumdung des Verlegers Rudolf Mosse zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, verworfen.

Danzig, 5. November. Wie in Marinekreisen verlautet, ist bei der Firma Schichau der Bau einer zweiten geschützten Kreuzer-Korvette in Bestellung gegeben worden, welche gleich der Korvette I auf der hiesigen Schichau'schen Werft erbaut werden soll.

Geldern, 7. November. (W. T. Z.) Amtlich. Bei der heute im 9. Wahlbezirk des Regierungsbezirks Düsseldorf stattgehabten Landtagswahl wurde Graf Wilhelm von Hoesbroek (Zentrum) einstimmig gewählt.

Frankfurt a. M., 7. November. (W. T. Z.) In der heutigen zweimonatlichen Verhandlung über die von dem ehemaligen Bankdirektor Sternberg gegen den Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Cohnstätt, erhobene Verleumdungsklage wurde der Kläger unter Verfallung des ersten Instanzurteils abgewiesen. In der Urtheilsbegründung wird erklärt, daß der nach § 193 des Strafgesetzbuches erlaubten Grenzen der Kritik nicht überschritten seien.

München, 7. November. (W. T. Z.) Zu der heutigen Versammlung der Gläubiger der failliten Danfarma Meyer von waren an Passiven 620,000 Mark angemeldet, denen 400,000 Mark Aktiva gegenüberstehen. Mehr als die Hälfte der Passiven sind besitzlose Forderungen. Je nach dem Ausfall des gerichtlichen Urtheils über letztere haben die Gläubiger 60 bis 100 Prozent ihrer Forderungen zu erwarten.

Österreich-Ungarn.

Wien, 7. November. (W. T. Z.) Wie die „Politische Korrespondenz“ aus Athen meldet, werden der Kronprinz und die Kronprinzessin von Griechenland im Januar der Vermählung der Prinzessin Margarethe beizuwohnen.

Wien, 7. November. Die gestrige Audienz Szaparys beim Kaiser hat noch keine Lösung der ungarischen Ministerkrise gebracht. Szapary bleibt noch bis morgen hier. Nach wie vor ist es ausschließlich die kirchenpolitische Frage, welche die Quelle der Krise bildet. Bezüglich der Lösung der Krise werden alle Möglichkeiten ventilirt und zahlreiche Politiker als Nachfolger Szaparys genannt, nur die Berufung Apponyis scheint ausgeschlossen.

Wien, 7. November. (W. T. Z.) Der ungarische Ministerpräsident Graf Szapary wurde heute Mittag von dem Kaiser abgemeldet. Derselbe kehrt heute Abend nach Pest zurück, um in der am Mittwoch stattfindenden Konferenz der liberalen Partei die versprochenen Erklärungen des Ministeriums in der kirchenpolitischen Frage abzugeben.

Der „Budapester Korresp.“ zufolge wird das

ungarische Kabinett über weitere Schritte erst nach Anhörung der liberalen Partei entscheiden.

Ulm, 7. November. (W. T. Z.) Der Kultusminister Dr. Freiberger v. Gausch ist als kaiserlicher Kommissar zu der morgen stattfindenden Wahl des Fürst-Erzbischofs hier eingetroffen.

Pest, 6. November. (W. T. Z.) Von gestern Abend bis heute Abend sind hier 15 Personen an der Cholera erkrankt und 4 gestorben.

Pest, 7. November. (W. T. Z.) Abgeordnetenhause. Coetvoes richtete eine Anfrage an die Regierung über die Gerichte von einer Ministerkrise. Der Handelsminister Bela von Lutz erklärte, hierüber könne nur der Ministerpräsident Graf Szapary Auskunft ertheilen, welcher amtl. Urtheile halber gegenwärtig von Pest abwesend sei.

Pest, 7. November. (W. T. Z.) Das Abgeordnetenhause hat sich in Folge eines aus der Mitte der Oppositionspartei gestellten Antrags wegen der noch nicht gelösten Ministerkrise auf unbestimmte Zeit vertagt.

Pest, 7. November. (W. T. Z.) Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhause wurde, nachdem die auf der Tagesordnung stehende Grundbuchnovelle angenommen war, aufgehoben. Bei Erörterung des von der Opposition ausgesprochenen Wunsches auf Vertagung der Sitzung wegen der Ministerkrise erklärte der Justizminister Szilagyi, die Regierung bleibe verantwortlich, solange die Minister nicht ihres Amtes entbunden sind. Die nächste Sitzung soll Mittwoch stattfinden.

Schweiz.

Bern, 3. November. Das neulich von einem Kaufmann Gantier beim Bundesrath eingereichte Konfessionsgesetz für eine Eisenbahn über den Simplon ist der Regierung des Bundes zur Vernehmlichung zugestellt worden, und diese hat sämtliche schweizerische Kantone sowie das ebenfalls am Simplon stark interessirte Bern zu einer Konferenz über diese Angelegenheit und die Simplonfrage überbieten. Nach Aeußerungen schweizerischer Blätter ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Mehrheit der Teilnehmer an der Konferenz sich für den neuen Vorschlag ausspricht, und da die Ausführung der schmalspurigen Touristenbahn über den Simplon den Bau der internationalen Linie durch den Berg verbinden, mithin die Ausfuhr nach Ost- und Westeuropa des großen Alpenbundes im Osten bedeutend verbessern würde, so lassen sich vielleicht auch die Dankschreiben dafür gewinnen. Ferner darf man nicht vergessen, daß es einflußreiche Gotthard-Interessenten giebt, die finden werden, daß eine Schmalspurbahn für den Simplon genügt. Es könnte trotz des Widerstandes der Berner, welche ebenfalls mit einigen anderen Kantonen fest für die große internationale Simplonlinie eintreten, schließlich doch dem neuen Kaufmanns Plan die Konfession ertheilt und ihm sogar der zur Zeit des Baues der Gotthardbahn für den Simplon durchgeführte Vertheilung Bundesbeiträge von 4½ Millionen Franken zugesprochen werden. Die in den nächsten Tagen zu Freiburg stattfindende Konferenz dürfte sehr auf den Gang der Dinge einwirken und bildet also ein neues Glied der langen Reihe von neuen Wendungen, welche die Geschichte der Simplonbahn darstellt.

Belgien.

Brüssel, 7. November. Alle heutigen unter freiem Himmel angelegten Versammlungen sind verboten. Die Polizei wird jede Ansammlung verbieten. Die Arbeiterpartei hat einen Aufruf an die Soldaten erlassen.

Frankreich.

Der „berühmte“ sozialistische Maire von Saint Denis, welcher 3. B. den Priestern verboten hat, in Unterstadt Reichthümer zu begreifen, hat wieder die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt. Am Allerheiligentag besetzte er sich bei einer patriotischen Kundgebung an der Grube der Soldaten, die im Jahre 1870 in und um Saint Denis gefallen waren. Er verlas dabei eine Rede, deren Inhalt sich aus dem Schlußwort: „Vive la République sociale!“ errathen läßt. Der anwesende Ders, an den er um die Witz richtete, ebenfalls einige Worte zu sprechen, wollte lieber keine Verantwortung übernehmen, als den ihn begleitenden Offizieren einen Wink und trennte sich in unverständlicher Weise von der Vertretung der Municipalität, blieb aber auf der Stelle, bis diese abgezogen war.

Paris, 7. November. Die Untersuchung in der Panama-Angelegenheit ist abgeschlossen und die Anklage niedergeschlagen worden. Der Justizminister wird den Kammern Anfangs dieser Woche Bericht erstatten.

Spanien und Portugal.

Bilbao, 7. November. (W. T. Z.) Karlsten hatten zu Ehren des Präsidenten hier ein Bankett veranstaltet. In angebotener Stimmung traten Einzige auf die Balkons hinaus und brachten auf offener Straße ein Hoch auf den Präsidenten aus, den sie als Karl VII. begrüßten. Die Bevölkerung schaute und piffte die Demonstranten aus. Der Polizeipräsident ließ dieselben alsbald verhaften.

London, 5. November. Nachträglich hat Lord Kimberley sich entschlossen, auf dem Lord Mayors-Fest im Namen des Ministeriums zu sprechen. Carl Koserer reist am Montag nach Cambridge zum Besuche des Prinzen von Wales.

Dem „Standard“ wird aus Rom berichtet, daß nach Ankunft des neuen Generals die Verlegung des Hauptquartiers der Jesuiten nach Rom in Erwägung gezogen werden soll, obgleich in vatikanischen Kreisen keine Begeisterung dafür vorhanden sei. Der Orden würde unter Umständen in dem im Bau begriffenen Palast an der Via del Monte della Farina untergebracht werden.

Die Einrichtung des Olympeers Meil ist um sieben Tage verschoben worden zur Prüfung des Beweismaterials für die Unzurechnungsfähigkeit.

Es wird mit Sicherheit angenommen, daß Deutschland auf der Brüsseler Münzkonferenz sich England anschließen werde.

Die Einrichtung des Olympeers Meil ist um sieben Tage verschoben worden zur Prüfung des Beweismaterials für die Unzurechnungsfähigkeit.

Es wird mit Sicherheit angenommen, daß Deutschland auf der Brüsseler Münzkonferenz sich England anschließen werde.

Die Einrichtung des Olympeers Meil ist um sieben Tage verschoben worden zur Prüfung des Beweismaterials für die Unzurechnungsfähigkeit.

Es wird mit Sicherheit angenommen, daß Deutschland auf der Brüsseler Münzkonferenz sich England anschließen werde.

Die Einrichtung des Olympeers Meil ist um sieben Tage verschoben worden zur Prüfung des Beweismaterials für die Unzurechnungsfähigkeit.

Es wird mit Sicherheit angenommen, daß Deutschland auf der Brüsseler Münzkonferenz sich England anschließen werde.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. November. (W. T. Z.) Die Sperre der Landesgrenze wird heute Abend 6 Uhr aufgehoben. Ueber Dampbrun und Befried kommende Eisenbahnpassagiere unterliegen einer ärztlichen Untersuchung. Das Verbot der Einfuhr gewisser Waaren und die Verordnung über die Desinfektion bleiben bestehen.

Rußland.

Petersburg, 7. November. (W. T. Z.) Nach hier vorliegenden Meldungen soll der ehemalige Kornet Szawin, welcher wegen der von ihm verübten Schwindelen vom dem Gericht zur Deportation nach Sibirien verurtheilt, von dort aber wieder entflohen war, in der Stadt Nischni, Gouvernment Rjasan, wieder ergriffen worden sein.

Amerika.

Nach einer amerikanischen Korrespondenz der „Times“ würden sich gegenwärtig die Auswärtigen für die amerikanische Präsidentenwahl folgendermaßen stellen: Für Harrison sind gelistet: Kalifornien, Idaho, Illinois, Iowa, Maine, Massachusetts, Michigan, Minnesota, Montana, New Hampshire, Nord-Dakota, Ohio, Oregon, Pennsylvania, Rhode Island, Vermont, Washington, Wisconsin und Wyoming mit zusammen 183 Stimmen; für Cleveland: Alabama, Arkansas, Delaware, Florida, Georgia, Kentucky, Louisiana, Maryland, 4 Stimmen von Michigan, Mississippi, Missouri, New-York, Nord-Karolina, Süd-Karolina, Tennessee, Texas und Virginien mit zusammen 167 Stimmen.

Zweifelhafte sind noch: Colorado, Connecticut, Indiana, Kansas, 2 Stimmen von Michigan, Nebraska, Nevada, New-York, Süd-Dakota, West-Virginien, zusammen 94 Stimmen. Um die nothwendige Zahl von 223 Stimmen (von 444) zu erhalten, müssen die Republikaner also von den zweifelhaften Staaten noch 40, die Demokraten noch 56 Stimmen gewinnen. Nimmt man an, daß jenen ziemlich sicher noch Kansas und Nebraska mit zusammen 18 Stimmen, diesen West-Virginien mit 6 zufallen dürfte, so vermindern sich jene Zahlen auf 22 resp. 50 Stimmen.

Stettiner Nachricht n.

Stettin, 8. November. Die Kommission über die Magistratsvorlage betreffend die Einführung der Wassermesser hat mit einer Stimme Majorität (4 gegen 3 Stimmen) beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung die Einführung der Wassermesser zu empfehlen. Der von derselben gegebene Bericht und die von derselben entworfenen Grundzüge für das Regulativ lauten, wie folgt:

A. Grundzüge für das Regulativ, betreffend die Einführung von Wassermessern.

1. Die Wassermesser werden auf Kosten der Stadtgemeinde beschafft, eingeführt und unterhalten. Dieselben verbleiben einschließlich der Abperrhähne Eigentum der Stadtgemeinde.

Schon vorhandene Wassermesser werden nach Erweisen der Gas- und Wasserleitungs-Deputation entweder übernommen oder durch neue ersetzt.

Eine besondere Miete wird von den Hausbesitzern für die Wassermesser nicht erhoben, vielmehr der Wasserzins pro Kubikmeter Wasserentnahme so normirt, daß die Kosten der Verzinsung und Amortisation dieser Kapitalanlage ebenfalls gedeckt werden.

2. Die Wassermesser sind in der Regel beim Eintritt der Wasserleitung in das Gebäude an einer frostfreien Stelle anzulegen. Ueber die Nothwendigkeit der Anlage von Kontrollhähnen zur Aufnahme der Wassermesser entscheidet die Gas- und Wasserleitungs-Deputation. Die Zweigeleitungen von den in den Straßen liegenden Wasserleitungsrohren bis zum Wassermesser dürfen keine Abzweigungen oder Ausflüsse erhalten.

Jedes Grundstück soll im Allgemeinen eine Zweigeleitung und demgemäß einen Hauptwassermesser erhalten. Jedoch ist es mit Genehmigung der Gas- und Wasserleitungs-Deputation gestattet, mehrere Zweigeleitungen vom Straßenrohr anzulegen, sofern in jede Leitung ein Wassermesser mit den erforderlichen Abperrhähnen eingeschaltet wird.

3. Die Zweigeleitungen gehen in das Eigentum der Stadtgemeinde über, und letztere hat für alle vorkommenden Reparaturen Sorge zu tragen. Die Hausbesitzer sind verpflichtet, die Vornahme dieser Arbeiten auf ihren Grundstücken jeder Zeit zu gestatten.

4. Bei Neuanschläffen an die Wasserleitung nach Einführung der Wassermesser trägt der Grundstücksbesitzer die Kosten der Zweigeleitungen und Kontrollhähne, deren Ausführung stets durch die Stadtgemeinde erfolgt.

5. Soweit bei der Einrichtung der Wassermesser die Wasserleitungs-Deputation eine Aenderung oder Erweiterung der vorhandenen Zweigeleitungen, sowie die Anlage von Kontrollhähnen für dieselben für notwendig hält, hat die Stadt die Kosten zu tragen.

Wünscht der Besitzer eine Erweiterung der Zweigeleitung oder Anlage von Kontrollhähnen, die die Wasserleitungs-Deputation nicht für nothwendig erachtet, so trägt er die Kosten einschließlich der Mehrkosten für einen etwa nöthigen größeren Wassermesser.

Sollten bei bestehenden Zweigeleitungen in Vorgärten, Vorplätzen, Gassen u. s. w. Abzweigungen vorhanden sein, so hat die Wasserleitungs-Deputation auf Kosten der Stadtgemeinde nach ihrem Ermessen diejenigen Aenderungen vorzunehmen, die erforderlich sind, um den Anschluß der betreffenden Ausflüsse hinter dem Wassermesser zu bewerkstelligen.

Wenn Grundstücke mehrere Zweigeleitungen besitzen, so steht es der Wasserleitungs-Deputation frei, entweder jede Zweigeleitung mit einem Wassermesser zu versehen oder auf Kosten der Stadtgemeinde diejenigen Aenderungen der Leitungen vorzunehmen, welche es ermöglichen, das sämmtliche zu entnehmende Wasser ohne Verminderung der Ausflüsse durch einen Wassermesser zu führen.

6. Wird nach Einführung der Wassermesser in Folge einer Vermehrung der Ausflüsse innerhalb des Grundstücks eine Veränderung der Verzweigung der Zweigeleitung und des Wasser-

messers erforderlich, so erfolgt dieselbe auf Kosten des Grundstücksbesizers.

7. Der Schuß der Wassermesser gegen die Einwirkung von Frost bleibt Sache des Hausbesizers; auch fallen denselben die Kosten solcher Reparaturen zur Last, die durch Beschädigung des Messers (z. B. durch Verschlagen der äußeren Hülle, des Glases, Reigewerks, Einfrierenlassen u.) veranlaßt werden.

8. Der Wasserzins beträgt für jedes Vierteljahr und jedes Grundstück:

- a) für die ersten 500 Kubikmeter 15 Pf. für das Kubikmeter.
- b) für jedes Kubikmeter über 500 Kubikmeter bis einschließlich 1500 10 Pf. für das Kubikmeter.
- c) für jedes Kubikmeter über 1500 Kubikmeter bis einschließlich 1500 9 Pf. für das Kubikmeter.

Erreicht jedoch der hiernach zu berechnende Vierteljahrspreis den nachstehenden Vierteljahrs-Minimalpreis nicht, so ist letzterer zu entrichten.

Der — im voraus zu zahlende — Minimalpreis beträgt vierteljährlich 0,75 Mark.

a) für jeden mit einer Heizvorrichtung versehenen Raum mit Ausschluß der Flure, Treppen und Gänge.

b) für jede Küche (sowohl Koch- als Waschküche).

c) für jedes Wasser-Kloset.

d) für jedes Badezimmer.

e) für jeden Verkaufsladen.

f) für jede Werkstatt.

g) für jedes Pferd.

h) für jedes Haupt-Minidisch.

B. Beschluß.

Im Act wird der Preis des Wassers für Zwecke der städtischen Verwaltung auf 9 Pf. für das Kubikmeter festgesetzt.

Zur Motivierung folgt dann folgender Bericht:

Der Kommission über die Magistratsvorlage betreffend die Einführung der Wassermesser. Nachdem die Stadtverordneten-Versammlung in der Sitzung vom 13. Oktober d. J. die Vorlage des Magistrats betreffs Einführung von Wassermessern einer Kommission zur weiteren Verathung überwiesen hat mit dem Auftrage schriftlicher Berichterstattung, hat diese Kommission in den Sitzungen vom 20., 25., 28. Oktober und 1. und 4. November d. J. diese Vorlage eingehend beraten und ist zu dem mit 4 gegen 3 Stimmen gefaßten Beschlusse gekommen: „Der Stadtverordneten-Versammlung die Einführung von Wassermessern in Ver-schlag zu bringen.“

Es wurden für diese Maßregel von der Majorität in erster Reihe die folgenden Gründe angeführt:

Zunächst sei es nach dem Gutachten des Herrn Geh. Rath Koch, von welchem der Herr Regierungs-Präsident dem Magistrat Kenntnis gegeben habe, als zweifellos anzusehen, daß die über durch Cholera-Bacillen inficirt sei, sowie daß bei der Filtrirgeschwindigkeit von 200–300 Millimeter pro Stunde, welche auf den hiesigen Wasserwerken bei der Verformung der Stadt mit der jetzt erforderlichen Wassermenge eingehalten werden müßte, eine Sicherheit für die Vertheilung aller schädlichen Bakterien, also auch der Cholera-Bacillen, nicht gegeben sei. Die Filtrirgeschwindigkeit sei demnach unbedingt auf 100 Millimeter pro Stunde herabzusetzen, wie es nach dem betreffenden Gutachten vom Geheim-Rath Koch und vom Reichsgesundheitsamt seitens des Ministers gefordert werde, und frage es sich nun, wie dies zu erreichen sei. Da der schon bestehende Bau neuer Filter doch nur zum Theil diese Möglichkeit gewähren würde, auch erst für später in Betracht zu ziehen sei, so wäre die vom Magistrat vorgeschlagene Einführung von Wassermessern als eine schnellere und sichere Hilfe anzunehmen, um den übermäßigen Wasserverbrauch auf einen normalen und von unseren Wasserwerken unter Beobachtung aller hygienischen Anforderungen zu bewältigen herabzubringen.

Für den hauptsächlichsten übermäßigen Wasserverbrauch in Stettin werden die vom Magistrat gegebenen vergleichenden Zahlen von anderen in ähnlicher Weise mit Wasser versorgten Städten, welche einen Durchschnittsverbrauch von 70 Liter auf den Kopf der Bevölkerung angeben, zur Begründung herangezogen. Ebenso wird zur Veranschaulichung der Annahme, daß durch die Einführung von Wassermessern der Verbrauch herabgedrückt wird, auf die darüber in anderen Städten gesammelten Erfahrungen und besonders auf eine statistische Erhebung Bezug genommen, welche in Magdeburg bei Einführung der Wassermesser angestellt worden ist und als Resultat ergeben hat, daß mit der dort allmählich erfolgten Einführung von Wassermessern der Verbrauch herabgedrückt wurde, so daß nach den angestellten Berechnungen unsere Wasserwerke die dann vorausichtlich erforderliche Wassermenge in der gewöhnlichen Qualität zu liefern im Stande wären, wie in der Begründung der Magistratsvorlage näher ausgeführt ist.

Von der Majorität der Kommission wurden noch als einzelne hervorragende Gesichtspunkte bezeichnet, daß einmal solche Einrichtungen, welche das sanitäre Wohl einer Stadt heben, doch in erster Linie den Hausbesitzern zu Gute kämen, da nur gesunde Städte auf den Markt kommen könnten, es auch andererseits in der Stadt und nach Einführung der Wassermesser auch in dem eigenen Vortheile der Hausbesitzer liege, eine Kontrolle über den Wasserverbrauch zu üben, was der Behörde in ausreichendem Maße zu thun nicht möglich sei.

Von den Herren Magistrats-Mitgliedern, welche den Sitzungen beizuwohnten, wurden die schon in dem der Versammlung bekannten Er-läuterungsberichte angeführten Gründe noch des Näheren erörtert und durch Zahlen belegt: insbesondere wurde der übermäßige Wasserverbrauch in Stettin gegenüber anderen Städten durch folgende Tabelle erläutert:

Nachdem, Quellwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 20, durchschnittlicher 43, höchster 64.

Berlin, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 47, durchschnittlicher 65, höchster 92.

Braunschweig, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 39, durchschnittlicher 63, höchster 104.

Rassel, Grundwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 57, durchschnittlicher 68, höchster 85.

Dresden, filtrirtes Flußwasser, Wasserver-

brauch pro Kopf und Kopf geringster 54, durchschnittlicher 74, höchster 100.

Magdeburg, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 61, durchschnittlicher 88, höchster 123.

Strasburg, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 61, durchschnittlicher 81, höchster 123.

Wiesbaden, Quellwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 53, durchschnittlicher 72, höchster 109.

Stettin, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf durchschnitlicher 114, höchster 130.

Nach der Annahme einer Mehrbelastung der Grundstücksbesitzer wird von der Majorität an den Mitgliedern des Magistrats bekräftigt, vielmehr durch Berechnungen festgestellt, daß die Hausbesitzer bei normaler Vertheilung (50 Liter pro Kopf) und bei Annahme der geringeren Sätze des Minimal-Tarifs eher besser gestellt werden, wie früher. — Er wird auch noch geltend gemacht, daß bei den großen Ausgaben, welche der Stadt bei einer fortwährenden starken Vermehrung der Filter, wie sie auch von den Gegnern der Einführung von Wassermessern energig verlangt wird, erwachsen, der Ueberschuß aus den Einnahmen der Wasserwerke bedeutend herabgedrückt werden wird und damit die Nothwendigkeit der Einführung von Wassermessern erst recht erwiesen erschien, um dann den etwaigen übermäßigen Verbrauch zu verhindern und dadurch auch indirekt das Interesse der Steuerzahler wahrnehmen zu können. Auch wird von technischer Seite darauf hingewiesen, daß die Maschinen an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt sind, es daher bei fortgesetztem so hohem Wasserverbrauche, sich als nothwendig herausstellen würde, auch noch neue Pumpmaschinen aufzustellen, während dies wenigstens bei vermindertem Verbrauche, wie er durch die Wassermesser nach den Erfahrungen anderer Städte zu erwarten sei, nicht sofort nöthig sein würde.

Die Minorität hielt dieselben Ausführungen gegenüber zunächst an dem Standpunkte fest, daß ein Wasser-Verbrauch wenigstens als seitens der Hausbesitzer statfindend — bekräftigt werden müsse. Wenn eine solche Haltung gefunden habe, so seien deren Urtheile größtentheils anderswo zu finden oder läge deren Befestigung nicht in der Macht der Hausbesitzer.

Es wird auf die großen Quantitäten an Wasser hingewiesen, welche so leicht ohne gemessen zu sein direkt aus den Hydranten in die Abflüsse zur Spülung gelangt seien, sowie die übermäßige Sprengung bei Regenwetter, die Auflockerung des Herrn Polizeidirektors zu reichlicher Sprengung der Bürgergeisse, welche zum Theil noch den großen Verbrauch in der letzten Zeit erklärlich machten; es wurde auch noch der Thatsache Erwähnung gethan, daß in der der Versammlung vorgelegten Uebersicht (s. letzte Seite des Regulativ-Entwurfs) für das Jahr 1892/93 der 25. August cr. als Vergleich herangezogen worden sei, ein Tag, der durch seine anomale Temperatur (seit ca. 25 Jahren der heißeste) — auch einen anomalen Wasserverbrauch habe hervorgerufen müssen, zumal noch einer Reihe fast ebenso heißer Tage.

Demangel wurde auch in der zuletzt erwähnten Aufstellung betreffs der Zunahme des Wasserverbrauchs die Heranziehung der Einwohnerzahl; richtiger sei in diesem Falle ein Vergleich der an die Wasserleitung angeschlossenen Häuser bzw. Grundstücke mit dem verbrauchten Quantum, welche ein viel günstigeres Resultat ergebe, da ja erst allmählich die älteren Häuser angeschlossen worden seien; die Zahl der angeschlossenen Häuser sei von 583 im Jahre 1867 auf 2048 im Jahre 1892 gestiegen, also um über das Vierfache, die Einwohnerzahl noch nicht auf das Doppelte; es gäbe doch ein anderes Bild.

Von einer Seite wird auch darauf hingewiesen, daß die Vertheilung der über den noch eine theoretische Annahme sei, gestützt auf die vereinzelt hier vorgekommenen Cholerafälle, die von dem Genuße des überflüssigen bereitet werden; bedürfte sei dies doch nicht und halt dies auch sehr schwer, da Cholera-Bacillen direkt im Wasser nicht oder nur in äußerst seltenen Fällen nachgewiesen worden seien, selbst jetzt in Hamburg. — Demgegenüber könne man nach der Theorie von der Selbstreinigung der Flüsse die Annahme aufstellen, daß im Frühjahr die über wieder ganz frei von pathologischen Bakterien speziell Cholera-Bacillen sein werde, so daß von daher keine direkte Gefahr drohe; zumal ein Rückfluß des Wassers, wie er in Hamburg durch Ebbe und Fluth stattfindet, bei uns doch nicht zutrefte, Nebenräume ohne durchgehende Strömung auch nicht im hiesigen Gebiete vorhanden seien.

Es wird dann auch eine größere Belastung der Hausbesitzer entgegen den Behauptungen der Majorität insofern als wahrscheinlich hingestellt, als die Hausbesitzer es doch nicht in ihrer Macht hätten, den größten übermäßigen Wasserverbrauch zu inhibiren, daß wenn dies geschehe, es nur zu Unzuträglichkeiten zwischen Wirth und Miether führen müßte, und daß bei jetziger flauer Konjunktur die Vermieter nicht in der Lage seien, irgend einen Zwang an den betreffenden Miether in dieser Hinsicht auszuüben.

Es wird auch die augenblicklich schlechte wirtschaftliche Lage als ein Grund gegen die Einführung der Wassermesser insofern angeführt, als die dafür zu beanspruchenden Mittel zu Filterbauten besser angewendet wären.

Sodann wurde die augenblickliche Lage neuer Filter als dem Grundbübel — dem augenblicklich schlechten Wasser — allein abhelfend und als schon o lange dringender nöthig gewirkt und zu beantragen vorgeschlagen:

„Der Magistrat wolle angesäumt die Filtration durch Vergrößerung der Wasserwerke den Anforderungen der Regierung entsprechend möglichst verbessern, Wassermesser jedoch vorläufig nur für Gewerbe und Industrien, welche in größerem Maßstabe in ihren Betrieben Wasser verbrauchen, obligatorisch einführen.“

Durch Annahme des Beschlusses, die Einführung der Wassermesser der Versammlung zu empfehlen, wurde dieser Minoritätsantrag hin-fällig und nicht weiter diskutiert.

Da der Antrag des Magistrats, die Einführung der Wassermesser der Stadtverordneten-Versammlung vorzuschlagen, die Mehrheit der Kommission gefunden hatte, so wurde in der Verathung des Entwurfs eines Regulativs eingetreten und demselben in Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Magistrats, welche an den

Stimmungen beizuwohnten, wurden die schon in dem der Versammlung bekannten Er-läuterungsberichte angeführten Gründe noch des Näheren erörtert und durch Zahlen belegt: insbesondere wurde der übermäßige Wasserverbrauch in Stettin gegenüber anderen Städten durch folgende Tabelle erläutert:

Nachdem, Quellwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 20, durchschnittlicher 43, höchster 64.

Berlin, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 47, durchschnittlicher 65, höchster 92.

Braunschweig, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 39, durchschnittlicher 63, höchster 104.

Rassel, Grundwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 57, durchschnittlicher 68, höchster 85.

Dresden, filtrirtes Flußwasser, Wasserver-

brauch pro Kopf und Kopf geringster 54, durchschnittlicher 74, höchster 100.

Magdeburg, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 61, durchschnittlicher 88, höchster 123.

Strasburg, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 61, durchschnittlicher 81, höchster 123.

Wiesbaden, Quellwasser, Wasserverbrauch pro Kopf und Kopf geringster 53, durchschnittlicher 72, höchster 109.

Stettin, filtrirtes Flußwasser, Wasserverbrauch pro Kopf durchschnitlicher 114, höchster

